

28.7.2023 - junge Welt

Wenn's im Kasten seltener klingelt

Kirchen gehen durch Mitgliederschwund Einnahmen verloren. Kürzungen im Sozialbereich drohen

Beiden großen christlichen Kirchen laufen die Mitglieder davon: Sowohl die evangelische als auch die katholische Kirche verloren im vergangenen Jahr mehr als eine halbe Million Mitglieder, in beiden Fällen ein Negativrekord. Angesichts der daraus resultierenden Einnahmeverluste befürchten Fachleute, dass die Kirchen sich von karitativen Dienstleistungen zurückziehen könnten. Der Finanzdezernent des katholischen Bistums Limburg, Thomas Frings, erklärte gegenüber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) vom Donnerstag, sein Bistum werde manche Angebote, so den Betrieb von Kitas, vermutlich auf Dauer nicht aufrechterhalten können. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebunds, äußerte gegenüber dem Blatt die Befürchtung, dass kirchliche Betreuungsangebote etwa für junge Menschen und Senioren wegfallen könnten.

Gegenüber junge Welt warnte auch Christian Weisner von der katholischen Basisinitiative »Wir sind Kirche« am Donnerstag vor den Folgen der »nicht überraschenden Finanzkrise« der Kirchen. Die Selbstverständlichkeit, einer der beiden großen Kirchen anzugehören, sei lange vorbei. Gerade auch junge Leute fragten sich, warum sie für eine Institution zahlen sollten, deren Leistungen sie nicht oder kaum in Anspruch nähmen. Doch die Summe der Individualentscheidungen habe »schwerwiegende Folgen für unser Land«, sagte Weisner.

Nach wie vor seien die beiden großen Institutionen in Deutschland »wichtige Träger von Sozial- und Bildungseinrichtungen

wie Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser, Altenheime bis hin zu Sozialstationen und zur Bahnhofsmission«. Auch wenn viele dieser Angebote vom Staat und von

den Sozialkassen mitfinanziert würden, werde es negative Folgen für die Gesellschaft haben, wenn die Kirchen ihren Eigenanteil nicht mehr leisten könnten, so Weisner. Dann müssten andere Träger gefunden werden. Die Beendigung der kirchlichen Trägerschaft

von Schulen und Kindergärten

stoße bereits heute auf »viel Unverständnis

und Protest« – wobei eine

staatliche Trägerschaft vor allem den

Beschäftigten zugute käme, für die

unter kirchlicher Verantwortung kein

Branchentarifvertrag und kein staatliches

Arbeitsrecht gelten.

Die Kirchenleitungen müsse es alarmieren, dass in einer jüngst veröffentlichten Umfrage selbst von den Mitgliedern fast die Hälfte die Kirchensteuer nicht mehr für zeitgemäß erachtete,

so der Katholik. Wenn die Kirchen

auch in Zukunft noch Gelder für die

Finanzierung ihrer »vielfältigen und aner kennenswerten

Aufgaben« erhalten

wollten, müsse sie »alle Finanzquellen

transparent offenlegen und echte Mitbestimmung

ermöglichen«. Statt der

»als anonym empfundenen Kirchensteuer

« werde es sich künftig vielleicht

durchsetzen, dass konkrete Projekte auf Gemeindeebene oder auch die großen kirchlichen Hilfswerke direkt unterstützt würden.

Für das Bistum Limburg zeichnete Finanzdezernent Frings in der FAZ ein düsteres Bild. »Wir gehen davon aus, dass wir 2060 weniger als 50 Prozent unserer bisherigen finanziellen Mittel zur freien Verfügung haben werden«, sagte er. 2022 habe das Bistum rund 2,6 Prozent seiner Mitglieder verloren. Mit Rücklagen aus Überschussjahren decke das Bistum gegenwärtig sein operatives Defizit, dieses Finanzierungssystem sei aber nicht zukunftsfähig. Gelingt es nicht, den Ausfällen mit neuen Einnahmequellen entgegenzusteuern, seien Kürzungen auf der Ausgabenseite mittelfristig unausweichlich, warnte Frings weiter.

Konkrete Kürzungsmöglichkeiten sieht der Finanzdezernent im Verwaltungsbereich, auf den rund 16 Prozent des Kirchensteueraufkommens entfallen. So könnten interne Abläufe effizienter gestaltet werden. Wenn dieses Potential ausgeschöpft sei, müsse aber über Leistungsbereiche wie Kindertagesstätten, Schulen, Caritas oder Zuschusszahlungen an die Kirchengemeinden geredet werden. Bei den Kitas kämen in der Regel rund 15 Prozent der Betriebsmittelzuschüsse aus der Bistumskasse, den Rest übernehme die Kommune. Er habe »große Fragezeichen, ob wir das langfristig aufrechterhalten können«, erklärte Frings.

Kristian Stemmler

Zuletzt geändert am 28.07.2023